

Vor dem Aufschwung?

WuM

Heiner Flassbeck

August 2009

Alle reden vom Aufschwung. Und in der Tat, es gibt einige Anzeichen dafür, dass nach dem furchtbar tiefen Sturz der letzten 12 Monate die Talsohle erreicht ist. Die Aufträge für die deutsche Industrie fallen nicht weiter und einige Stimmungsindikatoren zeigen genau das an. Dass hingegen die Finanzmärkte Kurs- und Preisfeuerwerke veranstalten, sollte man gefälligst nicht ernst nehmen, weil dort die Kasinomentalität ungebrochen ist und immer nur getestet wird, ob das, was in der realen Wirtschaft passiert, ein Aufschwung sein könnte. Bärenmarktrallye nennt man das zu Recht.

Aber Aufschwung? Woher soll die Kraft für einen Aufschwung der deutschen Wirtschaft im nächsten Jahr kommen? Von den Unternehmen? Deren Gewinne sind in diesem Jahr in nur dramatisch zu nennender Weise eingebrochen. Auch volle Läger und stillstehende moderne Maschinen haben noch keinen Unternehmer zum Investieren angeregt, selbst wenn die Zinsen niedrig sind. Was ist mit dem privaten Verbrauch? Gewaltige Kurzarbeit und drohende Arbeitslosigkeit sind nicht der Stoff, aus dem Konsumräusche gemacht sind. Hinzu kommt, dass neben der Kurzarbeit in vielen Unternehmen Arbeitszeit und Löhne gekürzt werden, um die Verluste klein zu halten. Das bringt aber gesamtwirtschaftlich nur eine weitere Schwächung der Nachfrage, weil Lohnsenkungen Nachfrageausfälle bei anderen Unternehmen zur Folge haben. Hinzu kommt, dass fallende Preise, also Deflation auf der Tagesordnung steht, was nicht zu vermehrten Kaufanreizen führt, sondern zu geringeren.

Bleibt der Staat mit seinen Konjunkturpaketen. Das ist in der Tat die einzige aufwärts drängende Kraft, deren Wirkung aber im Laufe der Zeit spürbar nachlässt. Hinzu kommt, dass der Bund sich zwar in erheblichem Masse engagiert hat, dass Länder und Gemeinden aber jetzt schon im Vorgriff auf die von ihnen erwartete Budgetengpässe auf Teufel komm raus sparen, was den Gesamteffekt am Ende deutlich mindern wird.

Was also tun? Zurück zu den berühmten „Strukturreformen“ und der „Arbeitsmarktflexibilisierung“ der letzten zwanzig Jahre, die von interessierten Kreisen schon jetzt wieder klammheimlich aus der Schublade geholt werden? Das wäre schlimm, weil sie zu einer weiteren Umverteilung zulasten der unteren Einkommen führen und damit die eklatante Nachfrageschwäche verschärfen würden statt sie abzuschwächen. Außerdem wäre dieser Weg diesmal besonders abwegig, weil man diejenigen, die den Schlamassel verursacht haben, ungeschoren davonkommen ließe und die ganze Last denen aufbürdete, die mit dem Ausbruch der Krise wirklich absolut nichts zu tun haben.

Die Bedeutung dieses Sachverhalts ist noch nicht verstanden in der deutschen Politik, die Tatsache nämlich, dass diesmal jeder genau weiß, wo die Krise herkam. Da wird es nicht so leicht wie in der Vergangenheit, einfach die von der Mehrheit der Parteien so empfundenen alten deutschen Laster zu beklagen und an die „Reformen“ dessen zu gehen. Niemand wird Politikern, die vor eineinhalb Jahren noch den deutschen Aufschwung und die hervorgehobene Rolle der deutschen Wirtschaft in der Welt in jeder Rede erwähnten, so einfach abnehmen, Vermögenssteuer...

Dass die deutsche Politik aber genau dahin zielt, zeigt die Schuldenbremse, die sie über Nacht und ohne ernsthafte Diskussion ins Grundgesetz geschrieben hat. Schuldenbremse ist so, als ob man beim Aufstieg auf einen hohen Berg schon früh die letzten Nahrungsreserven wegwirft, um Gewicht zu sparen, ohne zu bedenken, dass man später das eigene Gewicht ebenfalls nicht mehr bewegen kann, wenn nicht neue Energie zugeführt wird. Wir wissen einfach nicht, wann und angeführt von welcher Nachfragekomponente es irgendwann wieder aufwärts geht. Es kann auch, wie das Beispiel Japans in den 90er Jahren zeigt, zehn Jahre Stagnation und Deflation geben.

Was dann? Wird der Staat dann – wie gerade in Kalifornien - auf Teufel komm raus Sozialausgaben kürzen, um seine Defizite herunterzufahren, obwohl das die Wirtschaftskrise nur weiter verschärfen und die Defizite schließlich weiter in die Höhe treiben wird? Oder wird Deutschland wieder die Variante wählen, seine Nachfrageprobleme auf Kosten der anderen Länder zu lösen, weil es hierzulande besser als anderswo möglich ist, den Menschen einzuhämmern, dass sie ihren Gürtel enger schnallen müssen? Was wird das Verfassungsgericht verlangen, wenn es nicht gelingt, das Staatsdefizit in zehn Jahren nahe an den geforderten Wert von 0,35 in Relation zum Bruttoinlandsprodukt zu bringen? Wird das Gericht verlangen, die Bundesregierung müsse gefälligst die Gesetze der Ökonomie dem Grundgesetz unterordnen? Oder wird es die Bundesregierung auffordern, in einen Wirtschaftskrieg mit anderen Ländern innerhalb und außerhalb der Euro-Zone mit dem Ziel einzutreten, dort Nachfrage abzuschöpfen, selbst wenn dadurch in diesen Ländern die Staatsdefizite steigen?

Das alles wird nicht funktionieren, weil die globale Wirtschaft genau die gleichen Probleme wie die deutsche hat: Wenig steigende Einkommen der Konsumenten und wenig Anreize zum Investieren in den nächsten Jahren. Internationaler Handel ist kein Selbstzweck. Handel ist immer Konsum oder Investition irgendwo. Sind die Staaten nicht bereit, noch mehr eigene Nachfrage in die Waagschale zu werfen, wird der Aufstieg aus der Talsohle extrem mühsam und langwierig. Über den eigenen Schatten springen müsste die Politik, um mit dieser Herausforderung fertig zu werden. Bei den herrschenden Parteien erkennt man aber niemanden, dem eine solche Übung zuzutrauen wäre.